

**Stabsstelle Außenbeziehungen und  
Strategisches Marketing (SAM)**

Dr. Eberhard Fischer, R1871 (Hartig, R1877)

27. Mai 2021

**Grundsatzpapier „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ (Maßnahme unter Ziel 3 der  
Karlsruher Internationalisierungsstrategie 2020)**

**Hier: Textentwurf für GR-Sitzung in KW 25 (Vorberatung Hauptausschuss in KW 24)**

Das Grundsatzpapier wird der RIS-Vorlage als **Anlage 1** beigelegt.

**Karlsruhe in der „Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“ (KEZ) – Politischer Kontext,  
Status quo und Zielsetzung zur Stärkung des Handlungsfelds KEZ bis 2030**

**I. KEZ im nationalen und internationalen Kontext**

**1. Globale Verantwortung und die Agenda 2030 als Basis**

Politische Leitlinie auf internationaler und nationaler Ebene seit einigen Jahren: Aus Entwicklungshilfe wurde Entwicklungszusammenarbeit; Entwicklungspolitik richtet sich als Zukunftspolitik an globalen Strukturen und Prozessen aus, um den Herausforderungen der Einen Welt gerecht werden zu können. Dies betrifft auch die kommunale Ebene als Ort des tagtäglichen Miteinanders und zentralen Mitgestalters der Einen Welt.<sup>1</sup>

Alle Kommunen dieser Welt stehen trotz ihrer ungleichen Rahmenbedingungen letztendlich vor den gleichen globalen Herausforderungen. Mit der Agenda 2030 hat sich die Weltgemeinschaft globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung gesetzt. Die 17 Ziele gelten universal und für alle Länder gleichermaßen. Sie reichen von der Beseitigung des weltweiten Hungers über die Stärkung von nachhaltigem Konsum und nachhaltiger Produktion bis hin zu Maßnahmen für den Klimaschutz. Insbesondere SDG 17 („Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“) bildet die Basis für „Kommunale Entwicklungspolitik“ (KEPol) und für „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“.

Alle Kommunen im Globalen Norden und im Globalen Süden sind bei der Umsetzung der Agenda 2030 angesprochen, sowohl vor Ort in der eigenen Kommune als auch in kommunalen Projektpartnerschaften. Der wechselseitige Fachaustausch und die konkrete Umsetzung von Projekten sind Teil der kommunalen Partnerschaftsarbeit. Lokale Lösungsansätze zu globalen Fragen im Sinne der Agenda 2030 zu entwickeln und in Form von Projekten durchzuführen, bedeutet die Übernahme von globaler Verantwortung.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, <https://skew.engagement-global.de/zehn-fragen-zu-kommunalen-partnerschaften.html#anker2>

<sup>2</sup> „SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der vereinten Nationen in deutschen Kommunen“, Nov. 2020, S. 155, 156

Die Stadt Karlsruhe hat bereits 2016 die Erklärung „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetags und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) unterzeichnet und damit ihre Bereitschaft erklärt, sich für die Ziele der Agenda 2030 zu engagieren. Weitere Konzepte, Strategien und Berichte mit Bezug zu den Zielen der Agenda 2030:

- „Klimaschutzkonzept 2030“ (April 2020)
- Internationalisierungsstrategie „Internationales Karlsruhe 2030 – innovativer.nachhaltiger.weltoffener“ (November 2020)
- Korridortheema „Meine grüne Stadt Karlsruhe“ (Juni 2017, im Rahmen des IQ-Prozesses)
- Internationalisierungsstrategie der Wirtschaftsförderung (in Erarbeitung, einschließlich Zielmärkte Indien und Afrika)
- Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Karlsruhe (in Erarbeitung)

## 2. Grundlegende Definitionen und Begrifflichkeiten

Die Stadt Karlsruhe orientiert sich hierbei an den Empfehlungen der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW), der Bertelsmann-Stiftung, der kommunalen Spitzenverbände und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).<sup>3</sup> Die SKEW ist ein vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik (BMZ) finanziertes Kompetenzzentrum für kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Durch Information, Beratung, Qualifizierung und mit Fördermitteln unterstützt die SKEW Kommunen in Deutschland und im Globalen Süden bei Themen der Kommunalen Entwicklungspolitik. Darüber hinaus orientiert sich die Stadt Karlsruhe an den einschlägigen Publikationen des Städtetags Baden-Württemberg: dem „Handbuch zu kommunaler Entwicklungspolitik“ und dem in Kürze erscheinenden „Handlungskonzept für die kommunale Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg“.

### **Kommunale Entwicklungspolitik (KEPol)**

Alle Mittel und Maßnahmen um die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Länder des Globalen Südens zu fördern. Auf kommunaler Ebene umfasst dies sowohl Maßnahmen hier (z.B. entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, nachhaltige Beschaffung, Fairer Handel) als auch Maßnahmen im Globalen Süden.<sup>4</sup>

### **Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ)**

Die direkte Zusammenarbeit zwischen der Kommune in Deutschland und Kommunen

---

<sup>3</sup> „SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der vereinten Nationen in deutschen Kommunen“, Nov. 2020

<sup>4</sup> Vollständige Definition siehe: „SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der vereinten Nationen in deutschen Kommunen“, Nov. 2020“, S. 154

oder anderen Partnern in Ländern des Globalen Südens in Form von Projekten.<sup>5</sup> KEZ ist Teil der Entwicklungspolitik.

### **Länder des Globalen Südens**

Die Mehrzahl dieser Länder liegt in Afrika, Latein- und Südamerika sowie Asien. Maßgeblich für die Einstufung ist die „DAC-Liste der Entwicklungsländer und -regionen“ der OECD<sup>6</sup>. So unterschiedliche Länder wie Burundi, Dschibuti, Ecuador, Indien, Türkei oder Uganda zählen dazu, also neben sehr armen Ländern auch so genannte „Schwellenländer“. Die Stadt Karlsruhe verwendet durchgängig den Begriff „Länder des Globalen Südens“.

### **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik**

Wirtschaftliche Zusammenarbeit bildet ein Handlungsfeld der Entwicklungspolitik und damit auch der KEZ. Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung soll neben der sozialen und politischen Entwicklung des Globalen Südens Hauptziel des entwicklungspolitischen Engagements von Kommunen sein.<sup>7</sup> Wirtschaft und Entwicklungspolitik heißt „nachhaltiges Wirtschaften im Sinne des Einklangbringens von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Entwicklungszielen – im eigenen Unternehmen und zusammen mit allen PartnerInnen.“<sup>8</sup>

Dieses Grundsatzpapier hat die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Fokus und beleuchtet die weiteren Aspekte von Kommunalen Entwicklungspolitik nur insoweit, als diese in direktem Zusammenhang damit stehen.

## **II. Status Quo der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) in Karlsruhe**

Aktuell sind folgende KEZ-Maßnahmen in Umsetzung bzw. in Entwicklung:

- **Klimapartnerschaft Karlsruhe – San Miguel de Los Bancos (Ecuador)**  
Zuständigkeit: KEK, SAM
- **Unterstützung des Projekts Schulausbau in Haiti im Rahmen der bundesweiten Initiative „1000 Schulen für die Welt“**  
(Gemeinderatsbeschluss vom Dezember 2019)  
Zuständigkeit: nph Kinderhilfe Lateinamerika zusammen mit Dez. 5, UA
- **Wirtschaftspartnerschaft Karlsruhe – Pune („India Board Karlsruhe“)**  
Eigenes Kooperationsbüro in Pune sowie Einzelprojekte mit Mumbai, Nagpur und Aurangabad

---

<sup>5</sup> Vollständige Definition siehe: „SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der vereinten Nationen in deutschen Kommunen“, Nov. 2020, S. 153

<sup>6</sup> Auf internationaler Ebene legt der Ausschuss für Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee, DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fest, welche Länder und Regionen als „Entwicklungsländer“ bzw. „Entwicklungsgebiete“ gelten.

<sup>7</sup> „SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der vereinten Nationen in deutschen Kommunen“, Nov. 2020, S. 153, 154, 157

<sup>8</sup> „Handlungskonzept für die kommunale Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg“, Städtetag Baden-Württemberg, Entwurf (Stand: März 2021)

Zuständigkeit: Wifö mit Beteiligung von StPIA, SAM, KMK, KTG, KME, Stadtwerke und weiteren Fachämtern

- **Fach Austausch und Vernetzung Klima, Energie und Technologietransfer (Ostafrika, Fokus Uganda und Dschibuti)**

Zuständigkeit: Wifö, EnergieForum, Technologietransfermanagement

- **Projekt „Verwaltungs- und Managementberatung ÖPNV-System Kampala (Uganda)“**

Zuständigkeit: TTK, StPIA, KVV/VBK, SAM, Wifö

- **Projekt „Collaboration for Active Mobility in Sub-Saharan Africa“**

Beratung der Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft (HsKA)

Zuständigkeit: StPIA

- **Aufbau eines Ostafrika-Netzwerks in Karlsruhe**

Zuständigkeit: Wifö

Ein Teil der laufenden bzw. geplanten Maßnahmen hat eine direkte oder indirekte CO<sub>2</sub>-Relevanz im Sinne von CO<sub>2</sub>-Einsparungen in den Projektpartnerstädten, beispielsweise die Klimapartnerschaft mit San Miguel de Los Bancos (Schwerpunkt: Aufforstung) und die beiden Projekte in Uganda („Verwaltungs- und Managementberatung ÖPNV-System Kampala“, „Collaboration for Active Mobility in Sub-Saharan Africa“).

Es besteht zudem eine Landespartnerschaft Baden-Württemberg – Burundi. Der Prüfauftrag des Gemeinderats aus dem Jahr 2014 zur Initiierung einer Projektpartnerschaft mit einer Kommune in Burundi wurde wegen der instabilen politischen Lage vor Ort nicht weiterverfolgt (Entscheidung Hauptausschuss im April 2015).

Derzeit wird die Landespartnerschaft von Seiten der Stadtverwaltung mit der Fair-Trade-Initiative „Karlsruher Fächerkaffee Burundi“ in Form einer Kooperation der lokalen Agenda 21 mit dem Verein Aktion Dritte Welt e.V. (AEW e.V. – Weltladen Karlsruhe) durch den Umwelt- und Arbeitsschutz unterstützt (siehe Anlage).

Abweichend von der DAC-Liste und den o.g. Definitionen hat sich die Stadtverwaltung in Karlsruhe entschieden, die Projektpartnerschaften mit den türkischen Städten Van und Sakarya nicht unter den Begriff KEZ zu subsumieren.

Trotz der laufenden und in Planung befindlichen Maßnahmen und der Aufwertung des Themas durch die Karlsruher Internationalisierungsstrategie kommt dem Handlungsfeld KEZ in der Mehrzahl der Karlsruher Ämter und Gesellschaften bisher nur eine geringe Bedeutung zu bzw. ist gar nicht präsent. Gründe dafür sind:

- Das Fehlen einer Gesamtstrategie und von Grundlagenarbeit für eine gesamtstädtische und fachlich fundierte Herangehensweise und Umsetzung des Handlungsfelds KEZ.
- Das Fehlen einer zentralen, federführenden und strategisch-koordinierenden Zuständigkeit für KEZ in der Organisationsstruktur der Stadtverwaltung, hinterlegt mit entsprechenden Stellenanteilen.
- Das Fehlen einer zentralen Kontaktstelle für die Zivilgesellschaft, hinterlegt mit entsprechenden Stellenanteilen; eine durch die SKEW geförderte Projektstelle lief 2019 aus.
- Das Fehlen ausreichender personeller und finanzieller Ressourcen für die Projektarbeit in den KEZ-aktiven städtischen Ämtern und Gesellschaften.

- Nur punktuelle Einbeziehung des Know-hows zivilgesellschaftlicher Akteure der Entwicklungszusammenarbeit in die Strategie- und Projektarbeit.

### III. Die Zukunft der Kommunalen Entwicklungsarbeit (KEZ) in Karlsruhe

#### 1. Herausforderungen und Zielsetzung bis 2030

Vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Entwicklungen ist es das übergeordnete Ziel, das Handlungsfeld KEZ bis zum Jahr 2030 politisch, strategisch und organisatorisch im Gemeinderat, der Verwaltung und den städtischen Gesellschaften fest zu verankern. Ziele und Erwartungen bis zum Jahr 2030:

- „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ ist ein in Politik, Verwaltung und städtischen Gesellschaften anerkanntes und aktiv bespieltes Handlungsfeld.
- KEZ in Karlsruhe richtet sich an nationalen und internationalen Schwerpunktsetzungen aus (Beispiel: Afrika).
- Für das Handlungsfeld KEZ gibt es eine zentrale, federführende Zuständigkeit im Organisationsplan der Stadtverwaltung.
- Das Handlungsfeld KEZ ist bei der federführenden Organisationseinheit mit einer zentralen Koordinierungsstelle (Voll- bzw. Teilzeit) ausgestattet.
- Das Handlungsfeld KEZ ist thematisch breiter aufgestellt, eine größere Anzahl von Ämtern und städtischen Gesellschaften übernimmt fachlich Verantwortung. Den Dienststellen stehen dafür ausgewiesene finanzielle und personelle Ressourcen zur Umsetzung von Maßnahmen zur Verfügung.
- Eine Projektpartnerschaft zwischen Karlsruhe und einer Kommune im Globalen Süden ist initiiert.
- Die Stadt wirbt erfolgreich Drittmittel für KEZ-Projekte und Maßnahmen ein (z.B. bei der SKEW). Diese sind für die Karlsruher KEZ eine essentielle Voraussetzung.
- Eine kontinuierliche Zusammenarbeit städtischer Dienststellen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren der Entwicklungspolitik hat sich etabliert.
- Mindestens eine Stadträtin bzw. ein Stadtrat vertreten die Stadt Karlsruhe im KEZ-Ausschuss des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Die Umsetzung des Grundsatzpapiers erfolgt unter Berücksichtigung der derzeitigen schwierigen Finanzsituation der Stadt Karlsruhe.

#### 2. Klimapartnerschaft Karlsruhe – San Miguel de Los Bancos

Die Klimapartnerschaft wird in den kommenden Jahren verstetigt. Die Strukturen für eine Weiterentwicklung der Partnerschaft sind in Los Bancos sowohl auf Verwaltungsebene als auch auf politischer Ebene (Kantonsrat) gegeben. Auch auf Seiten der Stadt Karlsruhe gibt es bei der – federführenden – Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) die erforderlichen personellen Ressourcen auf Führungs- und Sachbearbeiterebene. Mit der Artenschutzstiftung und den Stadtwerken sind engagierte Partner an der weiteren Umsetzung der Einzelprojekte beteiligt (siehe Anlage).

### 3. Ostafrika-Aktivitäten der Wirtschaftsförderung (Fokus: Uganda und Dschibuti)

Für entwicklungspolitische Maßnahmen in und zu Uganda und Dschibuti liegt die Federführung bei der Wirtschaftsförderung. Dazu gehört insbesondere der Aufbau eines Afrika-Netzwerks in Karlsruhe: gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft (PTV, EOSD, Kreuter, Rothweiler), Wissenschaft (KIT, Fraunhofer ICT, Eifer Institut) und Verwaltung sowie unter Einbeziehung bestehender Netzwerke wird ein regionales Netzwerk zu Afrika aufgebaut. Im Zusammenspiel der Initiativen aus Smart Cities (Kampala, Karlsruhe, mögliche Kooperation mit Straßburg) und dem Technologietransfer Karlsruher Wissenschaftseinrichtungen wird eine zentrale Ansprechperson für wirtschaftliche Kooperationen mit afrikanischen Partnern etabliert. Das Afrika-Netzwerk dient der Kommunikation der Wirtschaftsförderung zu den Themen mit Afrika-Bezug. Es dient als Katalysator für die Initiierung neuer Projekte und Kooperationen zwischen Karlsruhe und afrikanischen Partnern.

Einzelprojekte, wie beispielsweise das laufende Projekt „Verwaltungs- und Managementberatung ÖPNV-System Kampala“, sollen möglichst so ausgestaltet werden, dass sich aufbauend Folgeprojekte ergeben.

### 4. Umsetzung der Landespartnerschaft Baden-Württemberg – Burundi

Eine über die aktuellen Maßnahmen hinausgehende Unterstützung der Landespartnerschaft (siehe oben) ist derzeit mangels personeller und finanzieller Ressourcen nicht möglich. Getragen wird die Landespartnerschaft hauptsächlich von den vielfältigen, langjährigen und oftmals ehrenamtlichen Aktivitäten und Initiativen der Karlsruher Zivilgesellschaft, beispielsweise durch Vereine, Netzwerke, Organisationen und Schulen. Diese Akteure wünschen von Seiten der Verwaltung ein größeres Engagement zur Umsetzung der Landespartnerschaft.

Vorschläge dazu von Seiten der Zivilgesellschaft und des Burundi-Kompetenzzentrums der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) betreffen das gesamte Feld der KEPol, nicht nur KEZ-Maßnahmen (siehe Anlage).

Vor einer etwaigen Projektpartnerschaft muss geprüft werden:

- die politische Situation und die Sicherheitslage in Burundi
- die Eignung der vorgeschlagenen Kommunen für eine Kooperation mit der Großstadt Karlsruhe (Mehrwert für beide Seiten)
- die Verfügbarkeit von Fördermitteln (z.B. von SEZ, SKEW)

### 5. Kernindikatoren zur Umsetzung von SDG 17

Die Stadt Karlsruhe richtet ihre aktuellen und künftigen Maßnahmen zur Stärkung der KEZ an den SDGs aus, hier insbesondere SDG 17 („Partnerschaften zur Erreichung der

Ziele“). Dafür orientiert sie sich an den fünf Kernindikatoren, die die kommunalen Spitzenverbände, die SKEW, der RGRE und die Bertelsmann Stiftung den deutschen Kommunen zur Umsetzung der SDGs an die Hand geben. Auch andere Städte wie z.B. Mannheim, Stuttgart und Bonn orientieren sich an diesen Indikatoren.

Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und -politik:

- Ausgaben für Projekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit je 10.000 EinwohnerInnen
- Ausgaben für entwicklungspolitische Projekte und Entwicklungszusammenarbeit je EinwohnerIn

Partnerschaften und Projekte mit Partnern in Ländern des Globalen Südens:

- Anzahl der Partnerschaften mit Partnern in Ländern des Globalen Südens je 10.000 EinwohnerInnen
- Anzahl der mit Partnern in Ländern des Globalen Südens durchgeführten KEPol-Projekte im Verhältnis zur EinwohnerInnenzahl

Entwicklungspolitische Projekte:

- Anzahl der entwicklungspolitischen Projekte, an denen die Kommune im Berichtsjahr beteiligt war, je 1000 EinwohnerInnen

#### **IV. Rahmenbedingungen für laufende und künftige KEZ-Maßnahmen in Karlsruhe**

Die folgenden Rahmenbedingungen sollen dem Gemeinderat, der Verwaltung und den städtischen Gesellschaften eine grundsätzliche Orientierung bei der Ausgestaltung des Handlungsfelds KEZ geben. An der Erarbeitung der Eckpunkte haben sich zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt. Sie bieten den Ämtern und städtischen Gesellschaften künftig bei der Auswahl von Partnern und Projekten sowie bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen Unterstützung.

- Agenda 2030 und SDGs als übergeordneter Rahmen:  
Die Stadt Karlsruhe richtet ihre laufenden und künftigen KEZ-Maßnahmen in ihrer Themen- und Zielsetzung sowie in der Arbeits- und Herangehensweise an der Agenda 2030 und den SDGs aus, so wie viele andere Städte in Deutschland und weltweit. Neben Umwelt- und Klimaaspekten stehen auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenrechte sowie Bildungs- und Genderaspekte im Fokus der KEZ.
- Einbettung in Strategien und Initiativen von Land, Bund und EU:  
Die Stadt orientiert sich bei strategischen Überlegungen und der Festlegung von Zielsetzungen in Einzelmaßnahmen an relevanten Strategiepapieren und Handlungskonzepten der Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Dies stellt sicher, dass die Karlsruher KEZ über alle politischen Ebenen legitimiert ist und damit auch der Zugang zu entsprechenden Fördermitteln offensteht.

- Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit:  
Die Stadt bezieht bei der Strategie- und Projektarbeit verstärkt die Expertise, Handlungsempfehlungen und Maßnahmenvorschläge von zivilgesellschaftlichen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit ein. Eine Verschneidung mit Projekten der Zivilgesellschaft wird angestrebt, daraus resultierende Synergien werden genutzt.
- Begleitung der KEZ durch lokale entwicklungspolitische Arbeit:  
Die Stadt nutzt ihre Angebote der entwicklungspolitischen Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, um diese gezielt mit ihren KEZ-Maßnahmen zu verschränken. Die Stadtgesellschaft und insbesondere junge Menschen werden für entwicklungspolitische Zusammenhänge und den Mehrwert kommunaler Partnerschaften mit dem Globalen Süden sensibilisiert.
- Hilfsleistungen:  
Die Stadt Karlsruhe erachtet ihre Partner im „Globalen Süden“ nicht als Empfänger von Hilfsleistungen, sondern als gleichberechtigte Projektpartner. Maßnahmen, die der „klassischen“ Entwicklungshilfe zuzuordnen sind, sollen daher künftig die Ausnahme bleiben, zum Beispiel wenn eine akute Notlage besteht.
- Fach austausch auf Augenhöhe:  
Projekte streben eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe und mit beiderseitigem Nutzen an (wechselseitiger Wissens- und Erfahrungsaustausch). Handlungsfelder, Projektziele und Maßnahmen werden gemeinsam festgelegt und sind angepasst auf die konkreten Bedarfe vor Ort. Für den nachhaltigen Projekterfolg sind Eigenverantwortung („Ownership“), Eigenleistungen und Eigenengagement der Partner-Kommune im Globalen Süden unabdingbar.
- Multi-Stakeholder-Ansatz:  
Die Stadt bezieht verstärkt das fachliche Know-how von Karlsruher Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen sowie von Organisationen und Vereinen der Entwicklungszusammenarbeit in städtische KEZ-Projekte ein. Problemstellungen sollen so ganzheitlich erfasst und bearbeitet werden. Dies entspricht SDG 17 (Unterziel 17.16): Ausbau der Globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung durch Multi-Akteurs-Partnerschaften, die Wissen, Fachkenntnisse, Technologien und eigene finanzielle Ressourcen einbringen.
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Unternehmen in der KEZ:  
Wirtschaftliche Zusammenarbeit im Globalen Süden ist Teil der Karlsruher Entwicklungszusammenarbeit. KEZ-Projekte unter Beteiligung von Unternehmen müssen sich an entwicklungspolitischen Zielen orientieren. Der Aspekt der Gewinnmaximierung tritt dabei zurück. Die Förderung der lokalen Wirtschaft im Globalen Süden schafft nachhaltige Perspektiven für Wachstum und Arbeitsplätze.
- Drittmittel:  
Die Stadt Karlsruhe sieht in Förderprogrammen ein wichtiges Instrument, um KEZ intern zu stärken. Diese schaffen einen Anreiz, sich in KEZ-Kooperationen



einzubringen. Interessierte Ämter und städtische Gesellschaften werden verstärkt bei der Einwerbung von Drittmitteln unterstützt.

- Gremien- und Netzwerkarbeit:  
Die Stadt Karlsruhe nutzt gezielt Gremien und Netzwerke auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene, um von der KEZ-Expertise anderer Städte zu profitieren und um die Karlsruher KEZ-Projekte nach außen sichtbar zu machen.

## V. Weitere Anlagen

### Anlage 2:

Erwartungen, Vorschläge und Anregungen von ausgewählten zivilgesellschaftlichen Akteuren der Karlsruher Entwicklungspolitik

### Anlage 3:

Laufende Maßnahmen zivilgesellschaftlicher Akteure der Karlsruher Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit

### Anlage 4:

Laufende Maßnahmen der „Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“ und der „Kommunalen Entwicklungspolitik“ aus den städtischen Ämtern und Gesellschaften

### **Beschluss:**

1. zur Freigabe an AL Dr. Fischer
2. nach Freigabe zum Versand an alle beteiligten bzw. genannten Dienststellen und zivilgesellschaftlichen Akteure
3. danach: Finalisierung entsprechend den Rückmeldungen, Eingabe ins RIS durch Zentrale Dienste in KW 19
4. danach: zur Freigabe an Dez. 1, ggf. Eingabe von Änderungen im RIS
5. WV: Sitzung Hauptausschuss (KW 24), Sitzung Gemeinderat (KW 25)
6. z. d. A.

SAM	
Sachbearbeitung	Regina Hartig R 1877

Ausgef. Ziff.		am		Hz.	
Ziff.		ab am		Hz.	